

Klassenkampf

Der Klassenkampf - Berichterstatter aus der Kommunalkonferenz der SPD. herausgegeben von Arbeiter SPD. aus Euren Wohnungen!

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Verlag: Halle, Köpcke-Verlag, 14. Februar 1928, 21047. Preis: 15 Pf. Halle, Freitag, 11. Oktober 1929 9. Jahrgang Nr. 222

Einzelpreis 15 Pf. Halle, Freitag, 11. Oktober 1929 9. Jahrgang Nr. 222

Gegen die Koalitionspolitik der Bourgeois-Sozialisten

Klassenkampf in den Kommunen!

Antwortet auf die Reichs-Kommunal-Konferenz der Sozialfaschisten in Halle mit verstärkter Aufklärungsarbeit zur Generalabrechnung am 17. November

Sprunghaftes Steigen aller Lebensmittelpreise! Schamloser Erwerbslosen-Unterdrückungsraub! Rasches Anschwellen der Massenarbeitslosigkeit! Massenentlassungen insolge verschärfter Rationalisierung! Gewalttätige Kapitalkonzentration der deutschen Großbetriebe! Volksbegehren der Kriegsheldern! Bombenattentate der Faschisten! Regierungskrisen! - Das sind die Kennzeichen der unerhörten widerprücksollen wirtschaftlichen und politischen Lage bei Beginn des Wahlkampfes 1929.

Ausgerechnet in Halle, der Hochburg der Kommunisten, der Musterstadt für den besten Kurs der SPD, kommen die Sozialfaschisten zusammen, um die besten Methoden des Massenbetruges im Wahlkampf zu beraten.

In Halle ist am 17. November gleich dreimal zu wählen: die Gemeinde-, Kreis- und Provinzialparlamentswahlen sind zusammengelegt. Der 17. November wird zu einem Festtag von höchster politischer Bedeutung.

Die Massen der werktätigen Wähler müssen ihre Schlüsse ziehen aus den harten Erfahrungen, die sie seit dem letzten Wahlkampf, seit dem 20. Mai 1928, gesammelt haben.

Die verlogenen Versprechungen der SPD. müssen eine deutliche Antwort finden. Es gilt Abrechnung zu halten mit der schändlichen Koalitions- und Korruptionspolitik!

Die gemeinsame Regierung der Sozialdemokraten, Großkapitalisten und Pfaffen, die Regierung Müller-Stresemann, steht jetzt in einer schweren Regierungskrise. Das Finanzministerium will die sozialdemokratischen Führer noch fester einspannen. Die Kapitalisten können nicht billiger wegkommen, als wenn sie die Sozialdemokraten ausnutzen, um den arbeitenden Massen die Begründung für ihre neuen Unterdrückungs- und Abbaumaßnahmen zu berechnen. Die kapitalistischen Parteien wissen genau, daß die SPD-Führer um den Preis der Erhaltung ihrer Ministerstellen jede Schandtat gegen das Proletariat durchzuführen werden.

Hat doch bisher schon bei der Unterdrückung und Ausplünderung der werktätigen Massen die Große Koalition schlimmer gehandelt als der Bürgerblock!

Dem Bürgerblock mißlang der Versuch des N.V.-Verbots. - Erst unter der Koalition wurde der N.V. durch SPD-Minister verboten!

Der Bürgerblock mußte eine Begrenzung der Lohnsteuer zugestehen. - Die Koalition hob diese Lohnsteuer-Begrenzung auf; unter dem sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding mußten die Proleten 200 Millionen Mark Lohnsteuer im Jahr mehr zahlen!

Unter dem Bürgerblock trieb die SPD. noch eine Scheinopposition gegen die Regierung. - Als Partei der Großen Koalition hilft sie die tollsten Verschärfungen der Lebensmittelwucherzölle rückwärts durchzuführen!

Der Bürgerblock setzte an Stelle der allgemeinen Erwerbslosenfürsorge ein schändliches Erwerbslosenversicherungsgesetz - die SPD-Koalition hat durch ihren Erwerbslosen-Unterdrückungsraub der letzten Tage dieses Bürgerblockgesetz noch in schamlosester Weise weiter verschlechtert! Der Bürgerblock sah sich gezwungen, eine sogenannte Krisenkommission zuzusetzen - die SPD-Minister Wiffell und Kowertien sorgten für raschen Abbau dieser Unternehmungen; nie war das Meer der ausgebeuteten Erwerbslosen größer als jetzt unter der Koalition.

Der Bürgerblock mußte unter dem Druck der rebellierenden Massen im Dezember eine kleine Winterbeihilfe von 30 Mark beschließen. - Die SPD-Koalition lehnte im Dezember 1928 brutal jede Winterbeihilfe ab. Die Sozialdemokratie in ihrer Koalition hat sich für die Bourgeoisie wahrhaftig bezahlt gemacht.

Beihilfelohe brechen den Gashahn auf, gehen ins Wasser oder hängen sich auf. Deutschland das Land der massenhaften Selbstmorde geworden. Aber der SPD-Minister Wiffell treibt trotzdem weiteren Unterdrückungsabbau.

Die Hungeroffensive der Großen Koalition zwingt die werktätigen Massen zum verschärften Kampf in den Gemeinden.

Das den Unterdrückungsempfängern durch diese Koalitionspolitik durch Wucherzölle, Tabak-, Bier-, Zucker- und Rohstoffsteuern mehr in runder Summe jährlich für den vergangenen und für den kommenden Krieg zahlen müssen. Es fehlen in dieser Aufrechnung noch die mehr als zwei Milliarden Hauszinssteuer jährlich, die drei Milliarden Grund- und Gewerbesteuern und die anderen Länder- und Gemeindesteuern, die auch wieder in die Milliarden gehen und die durchweg auf die Massen abgewälzt werden.

Am schamlosesten zeigt sich die Gestalt des Steuersystems in der deutschen Republik dadurch, daß sie durch die Massenbelastungen ihre alten und neuen Kriegskosten

brutalen Methoden, mit denen man nach Ablehnung der bestmöglichen Wünsche die Hungernden fortjagt. Das aber ist die Auswirkung der Koalitionspolitik der kapitalistischen Republik!

Finanzkapital, Großindustrie, Junker und SPD-Minister treiben bewußt diese Verelendungspolitik, die zu gewalttätigen Ausbrüchen drängt. Bewußt reißen sie die hungernden Massen bis aufs Blut, um sie vor die Fronten und Revolver der Förgiebel-Garden zu treiben, und sie dann im geeigneten Augenblick zur Uder zu lassen. Kein Geringerer als der

Reichsbanträsident Schacht war es, der bei der Abdrosselung jeglicher Mittel für eine soziale Kommunalpolitik zynisch und frech erklärte: „Blut wird fließen, früher oder später!“

Dieser brutale Finanzkapitalist ist es, der zusammen mit den Regierungsparteien von der SPD. bis zu den Deutschnationalen den Raubzug gegen die Gemeinden durchsetzt: Verweigerung von Anleihen für Kostlandsarbeiten, Kürzung der Steuerüberweisungen aus der Reichskasse, Entziehung der Einnahmen aus der Erbschafts- und Börsensteuer, Grundsteuererhöhungen in der Großagrarkultur, Aufhebung der Steuerergünstigungen für Gemeindebetriebe - das sind die Schläge, die von den Bürgerblock- und Koalitionsregierungen gegen den Gemeindefiskus geführt werden.

Und deshalb heißt es jetzt gegenüber jeder, auch der kleinste sozialen Forderung in den Gemeinden und Kreisen immer wieder: es ist kein Geld da!

Es ist kein Geld da für ausreichende Wohlfahrts-Unterstützung, aber es ist Geld da für Bürgermeisterreisen nach Amerika, Vergnügungen und Festlichkeiten!

Es ist kein Geld da für Volksgesundheit, für Krankenhäuser und Kinderheime, aber es sind Millionen da zur Verschönerung an die Stars, Barma, Kautler, Sklarek und die Raiffeisen-Betrüger. Die Millionen-Korruptionsskandale der Republik füttern zum Himmel.

Es ist kein Geld da für tarifliche Entlohnung der Kostlandsarbeiter, aber es ist Geld da für die Polizei, für ihre schwere Bewaffnung, für Polizeijunterkünfte und Gendarmereiamtsgebäude!

Es ist kein Geld da für die dringlich erforderliche Erhöhung der Löhne der ländlichen Arbeiter, aber es ist Geld da für Theater, für nationalsozialistische Sportfeste, für Pferderennen, für pompöse Ausstellungen, für Zuschüsse an bürgerliche, nationalsozialistische Verbände bis herüber zu den Faschisten!

Wie in den Gemeinden und Städten, in den Kreisen und Provinzen, so treiben sie es auch in den Ländern und im Reich.

Es ist kein Geld da für die kommunale Kinderschulspflege, aber es werden Millionen bewilligt für Panzerkreuzer!

Es ist kein Geld da für Mutterchutz, Säuglingsfürsorge und Jugendwohlfahrt, aber für Flugplätze, kostspielige nationale Kummel zur Vorbereitung neuer Kriegskriegsstimmungen.

Es ist kein Geld da für die sozialen und fürsorgereichen Aufgaben der Gemeinden, aber es werden Milliarden bewilligt für die Rüstungen zu neuen Kriegen!

Es ist kein Geld da für den kommunalen Wohnungsbau. Obwohl eine Million Wohnungen fehlen, werden die Hauszinssteuer-Milliarden verschwendet für Standesherrn- und Hohenzollern-Verbündung, für Kirche und Klassenjustiz, für Gefängnisse und Zuchthäuser, für Steuerergänzungen und Subventionen an die Kapitalisten, für Liebesgaben an die Agrarier, für Polizeizweck und Ministergehälter!

Der Young-Plan soll 700 Millionen Reichsmark Verminderung bringen. Sie werden in vollem Umfange den Befehlenden gehenkt. Das Proletariat soll aber gleichzeitig noch 300 Millionen Reichsmark an sogenannten Walfischottern neu aufbringen. Auch nach dem Young-Plan müssen noch

jährlich 5 1/2 Milliarden Mark Kriegsklassen durch Massensteuern aufgebracht werden.

Denn die Massenbelastung durch Zölle, Lohnsteuer, Umsatzsteuer, Verkehrssteuern, Tabak-, Bier-, Zucker- und Rohstoffsteuern macht in runder Summe jährlich 5 1/2 Milliarden Mark aus. Das ist die Rechensumme, die die werktätigen Massen jährlich für den vergangenen und für den kommenden Krieg zahlen müssen. Es fehlen in dieser Aufrechnung noch die mehr als zwei Milliarden Hauszinssteuer jährlich, die drei Milliarden Grund- und Gewerbesteuern und die anderen Länder- und Gemeindesteuern, die auch wieder in die Milliarden gehen und die durchweg auf die Massen abgewälzt werden.

Am schamlosesten zeigt sich die Gestalt des Steuersystems in der deutschen Republik dadurch, daß sie durch die Massenbelastungen ihre alten und neuen Kriegskosten

Oberbürgermeister Böh gesteht

Disziplinarverfahren zur Verurteilung des Sklarek-Standals vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg eingeleitet

(Eig. Bericht.) Berlin, 10. Oktober.

Oberbürgermeister Böh, der sich zuerst in St. Franziskus folgendes Kabellegramm an den Magistrat geschickt:

„gemeinliche Beratung Sachlage Sklarek gerippt. Feltz sei feiner von uns über Geschäfte Sklarek und Stadtratsmitglied Benedek, Stadtrat Wabahl haben in um Jahre und über Zeit, Bende und Anhalt auch in letzter Zeit gekauft. Oberbürgermeister hat alles bezahlt. Bende für die in letzten Stunden vor Böhre erhaltenen Sachen nicht. Für die Heilige Sklarek waren 275 Mark gefordert. Oberbürgermeister hat diesen Preis abgelehnt und entsprechend die Abrechnung des Warenwertes mit Wiles Sklarek 1000 M. und einer Zehle für vollständige Zwecke nachweise veranlaßt. Oberbürgermeisters hier dahin beantwortet, daß Beteiligung von Stadtratsmitgliedern für ausgeschlossen halten und die Witten in Berlin als Maßstab ansetzen. Günstige Verhältnisse durch Böhre seien keine gerechtfertigten Borgehen wegen Kreisveränderungen der Seite wegen ungünstiger Schiffverbindung. Böhre möglich und sachlich begründlich.“

Das Kabellegramm von Böh bestätigt also, daß sich der Oberbürgermeister Berlins von den Millionenhebern Sklarek der Bestände für einen Preis hat geben lassen, der weit unter den Marktpreisen liegt. Das Kabellegramm zeigt aber noch mehr, daß der Magistrat der Frau Böh, um den es sich bei der Unterhaltung gehandelt hat und der einen Wert von 4000 Mark bezahlte, sich Böh überhaupt nicht in den Stand dessen fabelt er von der Seite der Frau Böh, Ferner erhebt das Kabellegramm noch eine weitere, bis jetzt unbekanntes Tatsache, die nämlich, daß auch der Oberbürgermeister von der Deutschen Volkspartei und der Stadtrat Böhre von der SPD, Beförderung von den Sklarek Kleidung bezogen und die zuletzt bezogene Kleidung nicht besitzen haben.

Böhre schließlich wird die erneute Behauptung von Böh, daß die Bestätigung von Stadtbeamten an dem Sklarek-Standal ausgeschlossen sei, angeht, der Tatsache, daß bereits eine Disziplinarverurteilung durch das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg an Berlin, die der Oberregierungsrat Kapoffitz führen soll, einleitet worden ist.

Böh, die „Germania“ muß zu dem Kabellegramm von Böh in einem Kommentar schreiben: „Uns interessiert an dieser Angelegenheit das Verhältniß selbst weniger als die Tatsache, daß in der Tat auch der Oberbürgermeister Böh zu den Sklareks engere Beziehungen hatte, als man hätte annehmen und wünschen mögen.“

eingeleitet worden ist. Da ist die Stadträtin Wenl, die ebenso die Güdel die Verträge mit Sklareks unterschrieben hat, für die die SPD-Neitungen allein den Güdel verantwortlich machen möchten. Nichts verlangt darüber, daß der Frau Wenl irgend etwas getan hätte. Da ist der Professor Schreiber, der bereits aus dem Sklarek entfernt werden mußte, weil er selber sich mit Hilfe Widschats hat die SPD gegen ihn und die anderen Kumpane der Sklareks unternommen. Die Arbeiter werden dem Täuschungsmanöver des „Volksboten“ und des „Volksblattes“ nicht zum Opfer fallen. Sie wissen, daß die Kommunistische Partei keine Korruption in ihren Reihen duldet; sie wissen, daß in dem Land, in dem die Kommunisten die Regierungsgewalt ausüben, in der Kommunisten Leute vom Schlage der Sklareks und ihre Kumpane erschaffen werden. Die SPD, aber ist die Partei der Korruption. Sie hält schändlich die Hand vor ihre Sklarek-Brüder, weil sie zu ihr gehören.

SPD-Stadtvorordner begehrt Unterbringung und schwere Urkundenfälschung

Das Große Schöffengericht verurteilte den früheren sozialdemokratischen Stadtvorordner und Geschäftsführer des Brandenburgischen Bau- und Sparvereins, Richard Berni, wegen fortgesetzter Unterschlagung, schwerer Urkundenfälschung und Berechnens gegen das Genossenschaftsgesetz zu zwei Jahren vier Monaten Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren. Berni war seit 1927 sozialdemokratischer Stadtvorordner und hat seit 1926 den Bau- und Sparverein durch fingierte Konten und falsche Buchungen um rund 37 000 Mark gekapjagt.

„Der Schlag gegen den Stahlhelm“

Vor dem neuen Ausnahmegesetz gegen das Proletariat

(Eig. Draht.) Berlin, 11. Oktober.

Das Reichskabinett hat gestern mit der Beratung des neuen Reichsjustizgesetzes, das vom Reichsinnenminister und vom Reichsjustizminister ausgearbeitet worden ist, begonnen.

Dem Zwecke der Einbringung dieses Terrorgesetzes dienen die 14 schließlichen Bombenattentate, deren Organisatoren und Hintermänner bis zum heutigen Tage unbeschelligt gelassen oder zum größten Teil durch die Untersuchungsbehörden selbst entlastet worden sind. Vorgestern ließ Grzesinski einen Abentenerungsbeleg steuern, indem er den Stahlhelm in Rheinland-Westfalen aufsuchte, aber denselben Stahlhelm im ganzen übrigen Reich, die Nationalsozialisten, die D. C. und alle übrigen Jugendorganisationen ruhig gewähren läßt. Gestern schrieb der Abend-„Vorwärts“ in richtigem Überbegriff: „Der Schlag gegen den Stahlhelm“. Zur selben Zeit fühlend die Gewerkschaften, German Arbeiter, in trauer Gemeinschaft mit den übrigen Koalitionsmännern, ihre teuflischen Pläne zur Niederschlagung des Proletariats, berichten sie, wie man, verhilft mit Kampfesphrasen, die einzelnen Strafbestimmungen gegen das revolutionäre Proletariat noch stärker gestalten kann.

Massen-Immunitätsaufhebung gegen Kommunisten

Dem Geschäftsvorbereitungsausschuss des Landtages liegen 25 Anträge der Klassenjustiz vor, in denen die Aufhebung der Immunität und Genehmigung zur Strafverfolgung kommunistischer Abgeordneter verlangt wird. Fast alle Anträge beziehen sich auf Flugblätter, Plakate usw., in denen die Berliner Arbeiterjustiz zur Demonstration am 1. Mai trotz und gegen das Polizeiverbot aufgerufen wird.

An der Ausschussung vom 10. Oktober traten am schärfsten für die Aufhebung der Immunität die Redner der Sozialdemokratie,

Breslauer SPD, prüffelt sich um Mandate

Eine Vertreterversammlung der Breslauer SPD, am Mittwoch sollte zu dem Stadtvorordnetenmandats-Vorschlägen Stellung nehmen. Ein beträchtlicher Teil der Vertreter fehlte. Die Versammlung verlief unter dem schwersten Tumult. Ein Gewerkschaftsangehöriger verlangte, daß 14 „Ante“, mehr Arbeiter, gewählt werden, durch „Gewerkschaftsanhänger“ alle Stimmen erziel werden. „Ante“ traten dem entgegen. Man nannte sich gegenwärtig „Ante“, warf sich „Arbeiterfreundlichkeit“ und „Unterstützung“ vor. Eine Vertretung lang lobte und schrie alles durcheinander. Schließlich begannen die Auseinandersetzungen handgreiflich zu werden. Nur mit Mühe gelang es dem Vorsitzenden Göttsche Ruhe zu schaffen. Göttsche stellte fest, daß der Tumult von den Rechten provoziert ist, um die Versammlung auflösen zu lassen. Gegen 16 Stimmen wurde abgelehnt, Gewerkschaftsanhänger auf die Stadtvorordnetenliste zu nehmen. Schließlich wird zum Höhepunkt der vorangehenden Nacht die Versammlung mit einem „Hoch“ auf die „einzig, völkerverbindende Sozialdemokratie“ geschlossen. Aber kaum ist das „Hoch“ verklungen, kommt es im Restaurant des Gewerkschaftshauses zu einer neuen Keilerei.

Die SPD, im Vorkampf

Am Sonntag, dem 6. Oktober, fanden in Baden etwa 80 Wähler-versammlungen der SPD statt, bei denen die Partei überall einen guten Erfolg hatte. Ferner wurden mit großem Erfolge drei Landtags-sitzungen durchgeführt. Der Unterbezirk Heidelberg verkaufte allein 1000 „Arbeiter-Zeitungen“.

In Pflitzersdorf hatten die Reichslisten eine Rundung ergeben, aber die Einwohner sollten den Ausführungen unleser kommen, da die Reichslisten die Reichslisten mußten abgeben.

An Pfingsten bereiteten parteilose Arbeiter und Kleinbauern den Reichslisten gleichfalls eine empfindliche Wut. Die von ihnen zum erstenmal einberufenen Versammlung wurde unter dem Schlag der „Internationalen“ gelöst. Die Arbeiter und Kleinbauern machten den Reichslisten Reichslisten lange Rede.

Am Sonntag fand in Karlsruhe eine antifaunistische Rundung statt. 32 Arbeiter traten sofort einer Arbeiterorganisation bei. Ferner wurde ein Kampfkomitee gegen das K.A.B.-Verbot gegründet.

„Zwecklos“ kündigt Maßnahmen gegen den Charbiner Prozeß an

(Zsh.) Moskau, 9. Oktober.

Die Verhandlungen der Sowjetregierung mit der Reichsregierung in Charbin gegen die bei der Auslieferung im vorigen Sommer verurteilten Sowjetbürger wies sich in einer Atmosphäre völliger Stille und ungewöhnlicher Zurückhaltung der üblichen Regel und Ordnung des Gerichtsverfahrens ab. Die gefante gegen die Angeklagten erhobene Beschuldigung beruhte ausschließlich auf der Tatsache, daß sie ihre Konjunktur ausgelastet hatten, um einzigen unzulässigen falschen Dokumenten, die die sibirische Polizei nach ihrem Verhaftung vorbereitet habe und in denen daher der Name eines einseitigen der Angeklagten erwähnt ist. Die Sowjetregierung vermag nicht, die sibirische Gerichtsbarkeit gleichgültig hinzunehmen. Lediglich Gegenmaßnahmen, schließt das Blatt, welche die Sowjetregierung getroffen hat und noch trifft, vermögen in gewissem Maße auf die sibirische Willkürkurie einzuwirken. Denn festliche Berichte, das Genuß und die Vernunft zugehöriger Banditen anzusehen, sind offenbar nutzlos.

Ein Revolutionär im Hungerstreik gestorben

Am Gestirnis zu Kanton gab am Hungertreik der individuelle Revolutionär Wjizawa, früheres Mitglied eines buddhistischen Ordens. Er war wegen Aufstöße und Scherens verurteilt und trat in den Hungertreik, um bestimmte Forderungen zu erzwingen. Die Behörden haben ihn kaltblütig sterben lassen.

Einzig politschyn Wladimirsky

Der Fall Jakowlew wird nun auch vor das Reichsgericht kommen, weil die Familie Rogens Revision eingeleitet hat.

Zugenberg hat es abgelehnt, im Rundfunk eine Rede für sein Volksbegehren zu halten, weil nach ihm eine Rede dagegen gesprochen werden soll.

Weber die Neuregelung der Arbeitszeit im englischen Brauereibergbau finden zurzeit Verhandlungen statt.

Der englische Luftfahrtminister gibt in einer Art Dementi zu, daß es sich bei den neuen Luftschiffen um missglückte Experimente handelt. Die Bourgeoisie läßt sich die Schaffung des besten Kriegstyps von Luftschiffen etwas kosten.

Uman Ullah soll sich bereit erklärt haben, für den jetzigen Oberbürgermeister von Kabil, seinen früheren Kriegsminister Radikhan, das Amt als General in Rom zu übernehmen.



Die SPD, hilft den streikenden Viehhirten

Am Mittwoch erzielten 1000 Arbeiter Lebensmittelpakete im Werte von je 4.— Mark. Die hinführenden Familien bekamen außerdem noch besondere Zuwendungen. Mit dieser Hilfe wird weiter die Kampffront gestärkt.

Mar Sklarek kann sich nicht erinnern

Während sich vor dem Untersuchungsrichter Mar Sklarek und ein Anwalt der Behauptung einander gegenübergestellt worden, Sklarek wollte sich an nichts erinnern. Wenn dem Oberbürgermeister Böh für einen Wert im Werte von 4000 Mark, den seine Frau bekommen hat, nur 400 Mark berechnet worden seien, dann hätte er sich nur um einen Schreibfehler handeln. Nachdem Oberbürgermeister Böh nun zu wiederholten Malen und besetzte ihn der Vorwurf.

Verleumdungsverstoß der sozialdemokratischen Sklarek-Kumpane

Während die Kommunisten jeden Verleumdungsverstoß zurück zu weisen (Eig. Draht.) Berlin, 11. Oktober.

Die gefälschte Stadtvorordnetenliste stellt mit Ausnahme der Kommunistischen Partei das geschlossene Bündnis aller anderen Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Reichslisten einschließlich des Magistrats dar, zu verurteilen und die Korruptions-Verurteilung vor der Öffentlichkeit zu verbergen. Es ist ihnen nicht gelungen, Genosse Koenig machte durch sein Verleiten, in dem er sich von Korruption der sozialdemokratischen und bürgerlichen Parteien schamlos abredete, diesem Verleumdungsverstoß einen großen Strich durch die Rechnung.

Während die SPD nicht mehr ein noch aus weiß, während sie getrennt durch eine gemeine, niederträchtige Verleumdung von unteren Revolutionäre, die Kommunistische Partei verurteilt. Zu feige, diese Klage als offene Behauptung unzulässigen Heideke die dies in die strafrechtlich nicht zu verfolgende Form der Frage, ob es stimmt, daß der Genosse Koenig im Zentralrat mit dem Sklarek zusammengehört ist. „Politische Grundsätze“, was die einzig richtige Antwort. Der Aufbruch, diese feste Behauptung positiv zu wiederholen, müssen die folgen Strafen aus.

Am Beginn der Sitzung gab der ehemalige kommunistische Stadtratsmitglied eine Erklärung ab, in der er zugibt, seiner Partei gegenüber über einen politischen Fehler gemacht zu haben, aber nicht, daß er mit dem Betrugs- und Kreditandal nicht das zurechte zu tun habe. Er habe das Vertrauen seiner Partei verloren und lege deshalb sein Stadtvorordnetenmandat nieder. Dagegen werde er das Stadtratsmandat erst bei Wählern der anti-Untersuchung niederlegen, um nicht den Anschein zu erwecken, als wolle er sich der Untersuchung entziehen.

„Volksblatt“ und „Volksbote“ an der Spitze der Verleumder

Der Feind „Volksbote“ und das hallische „Volksblatt“ betreiben in den letzten Tagen in Verbindung mit dem Sklarek-Fall einen sehr schamlos wie verlogene Heide gegen die SPD. Sie behaupten, der SPD den Stadtrat Güdel an die Reichsliste hängen, und daß er mit dem Betrugs- und Kreditandal nicht das zurechte zu tun habe. Er habe das Vertrauen seiner Partei verloren und lege deshalb sein Stadtvorordnetenmandat nieder. Dagegen werde er das Stadtratsmandat erst bei Wählern der anti-Untersuchung niederlegen, um nicht den Anschein zu erwecken, als wolle er sich der Untersuchung entziehen.

Meinen Mantel Loewendahls

kaufe ich bel

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

Gold aus Blei?

„Goldmacher“ Tausend — ein Tausendstücker

Im Januar wurde der frühere Kämpfer Franz Tausend in München in Haft genommen, weil er eine Anzahl Personen um die Verleihe beschuldigt hatte mit der Angabe, die erhabensten Mittel für die Erprobung einer Erfindung zu verwenden, die es ihm ermöglichte, aus gewöhnlichen Metallen Gold herzustellen.

Dieser Tausend hat sich bei seinen Versuchen, Gold zu bekommen, verschiedene Personen gemeldet, die dem „Wöllischen“ in München nachhaken. Auch Rudendorff hat er in Anspruch genommen. Alle Gelder gingen über den Verlag des „Wöllischen“ an, der einen Teil der Gelder dazu verwendete, das auf dem Namen stehende Unternehmen der Wöllischen zu halten. Die Wöllischen wurden die Protokolle, in denen über die Verleihe der Gelder berichtet wird, veröffentlicht. Die Wöllischen sind nun in den Versuch unternommen, diese kompromittierenden Protokolle zurückzuführen.

Dieser Tausend hat sich bei seinen Versuchen, Gold zu bekommen, verschiedene Personen gemeldet, die dem „Wöllischen“ in München nachhaken. Auch Rudendorff hat er in Anspruch genommen. Alle Gelder gingen über den Verlag des „Wöllischen“ an, der einen Teil der Gelder dazu verwendete, das auf dem Namen stehende Unternehmen der Wöllischen zu halten. Die Wöllischen wurden die Protokolle, in denen über die Verleihe der Gelder berichtet wird, veröffentlicht. Die Wöllischen sind nun in den Versuch unternommen, diese kompromittierenden Protokolle zurückzuführen.

Eine russische Kirche unter dem Hammer



Die russische Kirche am Zehrbellener Platz im Westen Berlins, in deren altertümlicher Nähe sich übrigens auch die Wöllsche der mohammedanischen Gemeinde befindet, ist in diesen Tagen zur Zwangsversteigerung gekommen. Das Gebäude mit seinen vielen charakteristischen Türmen und Kuppeln ist eine in dieser Form ungewöhnliche Kombination von Wohnhaus und Kirche. Neben den Kulturräumen befinden sich in dem Gebäude noch etwa 20 Mietparteien sowie Geschäftsräume und ein Café ist untergebracht. Die Zwangsversteigerung ist von einer Bank, die eine Hypothek von 140.000 Mark auf das Grundstück besitzt, wegen Nichtzahlung der Hypothekensummen unter Kündigung der Hypothek beantragt worden. Der Zwangsversteigerungstermin vor dem Amtsgericht Charlottenburg geklärt sich äußerst dramatisch, da neben Angehöriger der russischen Emigrantentriebe auch der russische Botschafter erschienen war und vor Gericht darum bettelte, daß „Barmherzig“ zu sein und die Zwangsversteigerung der Kirche ausgesetzt werde. Das Grundstück wurde dem Generaldirektor der Aktiengesellschaft für Raumauführungen, dem einzigen Leiter, für 180.000 Mark zugelassen. — Unser Bild zeigt Bischof Tschon mit seinem Rechtsbeistand vor dem Gerichtshof.

Der Kaplan sucht ein Abteilungsquartier

Zölibat und katholische Morallehre treiben einen Katholiken zur Verzweiflung

Bei der Beratung der Sexualdelikte im neuen Strafgesetzbuch besandete der Zentrumsmann Scherer die Wöllsche als Charakteristikum der Unschuld. Nach Ansicht dieses kirchlichen Morallehrers müßte dann auch der eheliche Verkehr bestraft werden.

Zu welchen Katastrophen jedoch die päpstliche Morallehre führt, zeigt die Tragödie eines Kaplans, von der kürzlich unser Bruderorgan, die „Berliner Volksstimme“, zu berichten wußte. Diese Tragödie spielte sich in Potsdam in der vergessenen Lande ab. Dort lebte der Kaplan Schumacher, ein junger, lebensstarker Mensch, in dem sich der natürliche Trieb aller Hemmungen zum Troste Bahn brach. Inlust bei einer Witwe Engel. Er erlaubte sie auf schriftlichem Wege um ein Stübchen in ihrer Wohnung. Dem Briefe, worin er das tat, entnehmen wir unter anderem folgenden Inhalt:

„Ich bin dem Verweilten nahe. Fühle mich sehr krank und meine Herren sind total irritiert. Habe mich deshalb in ärztliche Behandlung gegeben. Vom Arzt wird gelächelt. Der Verkehr empfohlen, um meine Gesundheit nicht ganz zugrunde zu richten. Habe mich schon

längere Zeit selbst bestrahlt, oftmals bis zur Bewußtlosigkeit.

Wenn Sie auf meinen Vorfall eingehen, dann lassen Sie heute abend um 11.30 Uhr das Licht brennen. Ich komme um diese Zeit an Ihrem Hause vorbei. Sollten Sie jedoch nicht auf den Vorfall eingehen und sollte kein Licht brennen, so wäre auch mein Lebenslicht erloschen.

Ein Freund.“

Als sich Schumacher zur verabredeten Zeit im Hause der Frau einfand, wurde er von Nachbarn, die von der Frau orientiert wurden, angehalten.

Der Kaplan, der sich das Geschäft vermerkt hatte, rief sich los und lenkte in seiner Angst aus einer 7,5-Millimeter-Pistole einen Schuß auf zwei Männer ab, die ihn festhalten wollten. Es wurde niemand verletzt und der verurteilte Kaplan entkam. Gold verübte die der Verdacht gegen ihn jedoch derart, daß die Polizei notgedrungen zu seiner Verhaftung schreiten mußte.

Die Zentrumspresse rügte nunmehr schnellstens von dem Kaplan ab und erklärte ihn für unzurechnungsfähig. Weil der Mensch in Schumacher härter wurde als der zur Schau getragene „unfehlbare Gottesdiener“, ließ ihn die Kirche fallen. Das bewies nur ihre Schwäche, auszusprechen, daß sie zur Erhaltung der Macht der Kirche die wahren Ursachen für das Verhalten des Kaplans zu verdecken versucht. Diese Verhüllen ist und bleibt eine furchtbare Angelegenheit, die unmoralische „Moraltheorie“ der katholischen Kirchengelehrten.

Großfeuer in Kopenhagen

Ein großer Brand wüthete im Zentrum Kopenhagens auf dem in der Höhe des ganzschubhaften gelegenen „Wohlfühlscied“. Dort befinden sich mehrere Maschinenlager, ein Automobillager und eine große Garage. Das Feuer brüllte sich mit rasender Geschwindigkeit aus, genährt von einer Menge leicht brennbarer Stoffe, wie Öl und Benzin. Eine Explosion folgte der anderen.

Eine eigene Druckerei

für Eure Ortsgruppe oder Zelle

Ist unbedingt notwendig, wenn die Partei ihren Aufgaben unbedingt gewachsen sein will. Die Werbe- und Propaganda bietet Euch Gelegenheit, in Euren Ortsgruppen einen Druckapparat für Betriebs- und Ortszeitungen zu erhalten.

Der Vielfältigungsapparat „Optimus“

Ist leicht zu handhaben. Die Herstellung mit diesem Apparat geht eine lotusdemerger vor sich: Die Seiten der Zeitung werden mit Heliochromtinte geschrieben und gedruckt. Dabei können sogar verschiedene Farben verwendet und auch der Text mit Schreibmaschine (Hektographenband) geschrieben werden. Mit einer Seite fertig, kann man in einprägend großer Zeit die Heliochromtinte im Apparat leicht angebracht und die beschriebene Seite glatt aufgelegt, nach einigen Minuten abgenommen und die nächste können angefertigt werden. Wichtig ist noch, daß beim „Optimus“ gut latiniertes (glattes) Papier verwendet werden muß, während zu anderen Apparaten ein solches Papier gebraucht wird. Das Papier können hier aber die Zeitungen ohne Schwierigkeiten zweifach bedruckt werden. Die Heliochromtinte ist vier Meter lang, es können demnach auf einmal acht bis zehn Seiten hergestellt werden. Die gebrauchten Stellen müssen mit einem Schwamm abgewaschen werden und sind erst nach acht Tagen wieder gebrauchsfähig. Die Rollen können in einem Kasten aufbewahrt werden, der bei Bedarf ausgewechselt werden kann.

Laßt Euch diese günstige Gelegenheit nicht entgehen. Macht deshalb alle Parteigruppen zur Werbung mobil. Legt die Resultate der einzelnen Gruppen zusammen und der Druckapparat ist Euch sicher

bei Gewinnung von 70 Lesern

Ein weißgardistischer Emigrant als Juwelendieb

in der französischen Botschaft zu Berlin

Der Juwelendiebstahl in der französischen Botschaft zu Berlin nach kurzen Ermittlungen der Kriminalpolizei geklärt worden. Als Täter ist der 59 Jahre alte Botschafts-portier, der ehemalige russischer Generalstabsoberst namens Michailow, angenommen worden.

Nach achtstündiger Vernehmung bekannte er, aus Furcht und Rache gegen den in der Botschaft tätigen Revolutionsführer, einen weißen Mittelmeer der russischen Armee, den Diebstahl vorzubereiten zu haben. Er hat den ganzen Diebstahl deshalb auch so gemacht, daß ursprünglich der Verdacht nur gegen den Chauffeur fallen konnte, auf den Michailow fernerneidlich war, weil er der größten Genuß des französischen Botschaftlers erzielte. Die beiden Emigranten waren infolge von Gebärden und Weibergelächtern so verwickelt, daß sie sich schließlich bei Feuer und Wasser hielten. Michailow schlich sich vor einiger Zeit, als der Botschaftler nach Paris abgereist war, heimlich in dessen Zimmer und führte den Juwelendiebstahl auf so raffinierte Weise aus, daß alle Verhaltensmomente gegen den Chauffeur sprachen.

Der französische Botschaftler scheint keineswegs die Missetat zu wissen. Sein Antrag gegen Michailow zu stellen, was zu dessen Verhaftung notwendig ist, da die Tat auf extraterritorialem Gebiet begangen wurde.

Die Botschaften der imperialistischen Länder scheinen zugleich Beobachtungsstelle für die russischen Weißgardisten zu sein.

Der dritte Monroy-Prozess hat begonnen

Nach Urkundenabklärung — Stresemanns Schwager als Zeuge

Der dritte Monroy-Prozess hat am 11. Uhr in Madrid das Senatsgericht „Die diehische Gräfin“ unter Regie von Richter Dr. Frey Itat. Die erste Verhandlung vor dem Senat wird ebenfalls sofort der Verhandlung, der zweite Termin

Die geschiedene Frau mit dem Bell niedergeschlagen

In Anwesenheit hat der Krämer Josef Gutjahr, der wegen Bigamie zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt war und am vergangenen Sonntag nach Verbüßung der Strafe entlassen wurde, sich in die Wohnung seiner früheren Frau, festigen Frau Selmer begeben und sie mit einem Bell niedergeschlagen. Die Verletzungen der Frau sind schwer, jedoch nicht lebensgefährlich. Nach vollbrachter Tat begab sich Gutjahr in die Scheune und erhängte sich.

Ein Rittergutsbesitzer geht mit seinen Kindern in den Tod

Ein Kreile Kimpf (Schlesien) hat sich am Donnerstagsvormittag die Tragödie erlitten, die sie Lebensopfer forderte. Der Rittergutsbesitzer von Schick-Gutsh, bei dem eine Versteigerung stattfand, verübte Selbstmord. Zugleich wollte er seine ganze Familie mit in den Tod nehmen. Deshalb steckte er das Haus in Brand. Beim Eintreffen der Feuerwehr wurden die drei Kinder des Rittergutsbesitzers bereits tot aufgefunden. Seine Frau und andere Familienmitglieder konnten ins Leben zurückgerufen werden.

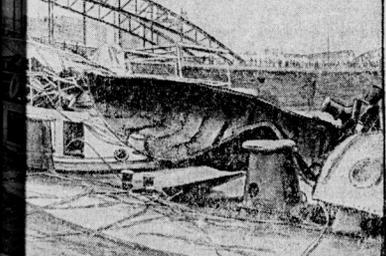
Der Adoptivsohn zum Fenster hinausgeworfen hat am Mittwoch nachmittag in Berlin das Leben verloren. Das Kind hatte sich nach dem Tod seiner Mutter in den Tod geworfen. Es scheint, daß Albert in einem Anfall geistiger Umnachtung gehandelt hat.

In der Nähe von Salsburg stürzte ein mit neun Personen besetztes Auto über die 20 Meter hohe Straßenspitze und überschlug sich mehrmals. Fünf Insassen und der Chauffeur wurden schwer verletzt.

Inspektoren aus Eisenach hat der Schneidermeister Schüler in Wadeln im Dillkreis seine Ehefrau ermüdet und dann Selbstmord verübt.

Ein wenn Berliner Untergrundbesitzer warf sich der Rechtsanwalt Gottlob aus unbekanntem Grund vor einen einfahrenden Zug. Der Tod trat auf der Stelle ein.

In der Umgegend von Silesien in der Lohschloßwiese wurde ein um ungefähr 80 Gebäuden bestehendes Dorf durch eine Feuerbrunst eingeeicht.



Die Explosion im Bremer Hafen

Das Bild zeigt die Wirkung der Explosion, über die wir ausführlich berichteten, deutlich erkennen.

Mitteldeutsches Brennende Kohlenfelder im Geiseltal

Der Bau des Mitteldeutschen

Eine Möglichkeit weitgehender Arbeitsbeschaffung

Die Kommunistische Partei, insbesondere auch die kommunistischen Fraktionen in den kommunalparlamentarischen Mitteldeutschen, sowie die Arbeiterparteien, haben im Reichstageshause in Berlin bei der letzten Session immer wieder Gelegenheit genommen, den Bau des Mitteldeutschen einschließlich des Südbauens deselben zu fordern. Sie erinnern daran, daß im Frühjahr dieses Jahres die Bezirksleitung Halle-Merseburg der Kommunistischen Partei eine große Konferenz organisierte und durchgeführt hat, durch welche alle interessierten Kräfte im Mitteldeutschen zusammengeführt werden sollten zur Förderung des Baues des Südbauens. Bei der Aussprache über dieses Problem zeigte sich auf der einen Seite, wie die kommunistische Partei schon jetzt auf betonten, daß der Schicksal des Mitteldeutschen im Reichstageshause durch mehrere Tausende der verschiedensten Gruppen der Industrie, des Bergbaus und der großen Landwirtschaft. Die Bedürfnisse im Reichstageshause und in den Kantlagen im Laufe der Jahrzehnte sind immer noch so weit gegangen und hatten immer nur den Inhalt, der nach langem Hin und Her das Ergebnis hat, das Kompromiß im Kampfe liegt. In der Zwischenzeit haben immer nur die Vertreter des revolutionären Proletariats im Reichstageshause nachgekommen.

Die Interessen haben immer nur die Vertreter des revolutionären Proletariats im Reichstageshause nachgekommen. Heute will man in Halle und Leipzig der gemeinschaftliche Ausschüsse für Bauarbeiten und Verkehrsfragen des Reichstages, um sich über die eigenen Aufgabenstellungen ein Bild zu machen von der Lage im Interesse der Arbeiter und der Bau des Südbauens wie der übrigen Teile des Mitteldeutschen bedingt.

Wir gehen auf diese Besichtigung nicht ein, noch weniger aber glauben wir, ein Recht zu haben, daran gänzlich adflos vorüberzugehen. Im Gegenteil, wir richten an die Parlamentarier der verschiedenen Parteien, die sich an der Besichtigung beteiligen, daß sie sich für die notwendigen Beschäftigungen im Reichstageshause zur Angangnahme der Arbeiten in dem Gebiet Leipzig, Halle, Merseburg, Magdeburg. Wir fordern dies von den Parlamentariern im gegenwärtigen Zeitpunkt ganz besonders deshalb, weil mit der Angangnahme des Baues eine sehr umfangreiche Beschäftigung der Arbeitskräfte für die täglich wachsende Zahl der Erwerbslosen unseres Gebietes gegeben würde. Wir berichten gern, daß in einer Woche weit über 1000 Erwerbslose wieder beschäftigt werden können.

Wir können uns der Verantwortung der sogenannten unparteilichen Gremien, die in langer Arbeit den Bau des Mitteldeutschen durchzuführen, nicht anschließen. Noch viel weniger treten wir in die Diskussion der sich bekämpfenden interessierten Kreise der Beteiligten.

Wir sprechen offen aus, daß wir den Bau des Kanals verlangen im Interesse der wertvollen Wälder, zum Nutzen der Wälder der Arbeiter und zur Arbeitsbeschaffung für das Meer der Erwerbslosen.

Nationalisierter Diebstahl

Bei einer Sauschafung auf dem Grundstück einer Firma in Bad Liebenberg, die der Polizei schon länger verdächtig ist, wurde ein großer Diebstahl ihrer Viehbestände festgestellt und ganz offensichtlich in der Person des Inhabers der Firma und seinen beiden Söhnen mittels zweier Volksträger aus den verschiedenen Räumen geholt, so daß sich dieser nationalisierte Diebstahlbetrieb sehr gut rentierte. Der Vater und seine beiden Söhne wurden verhaftet.

Calbe. Wohnhaus eingestürzt

In Groß-Engersen brannte das Wohnhaus des Grundbesitzers Otto vollständig nieder. Die Feuerwehren der Markgrafschaft brauchten nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da nichts mehr zu retten war. Der Brandschaden belief sich auf etwa 3000 bis 4000 Mark.

G. Bieloch / L. Panteljew

SCHMID Die Republik der Strolche

(Copyright by Verlag der Jugendinternationale, Berlin 1929)

Es ging in die Kleiderkammer, um sich Wasche geben zu lassen. Die Kleiderkammer und die hohe Leuchte aber und zog die Anstandslos, Spend und Strolche aus Leinwand, an. Die Kleiderkammer in der Kleiderkammer (Strolchenrinde), auch Amli (Ameisenhaufen) genannt, eine alte Jungfer, die sich manchmal aus dem Hause entfernte, fragte den Kaufmann, ob seine Bergangung aus dem Hause, fragte die Alte: „Da Tiere gehen?“ fragte sie. Sie liebte selber leidenschaftlich Katzen und Katzen. „Ja, ich liebe alle Tiere: Hunde, Katzen und Menschen.“ Amli erzählte das den Erzähler, und von diesen erzählte es die Kameraden. Der Kaufmann befiehlt den Ruf eines kräftigen und jähzornigen, über gutmütigen Kerls. Der Kerl, besonders in der vierten Abteilung, genos er diese durch Körperkraft entschieden wurden. Die Kleiderkammer werden „Kau!“ meinte nicht gern.

Der Brand

Das Sublimationsmittel - Die glühende Kohle - Der lebende Mensch - Sünde hoch - Das Drama mit der Leuchte - Das verbrannte Haus - Der neue Spiegel

Um Uhr schienen. Eben hat die Uhr geschlagen. Es läutete. Der Kerl, besonders in der vierten Abteilung, genos er diese durch Körperkraft entschieden wurden. Die Kleiderkammer werden „Kau!“ meinte nicht gern.

Brennende Kohlenfelder im Geiseltal

Brand auf Michel-Besta - Einwohner von Runkstedt gefährdet - Das Dorf teilweise geräumt

Am Mittwochmorgen brach im Tagebau der Grube Michel-Besta im Geiseltal ein gewaltiger Grubenbrand aus. Das Feuer hält unerschütterlich noch vier bis fünf Tage an. Durch den Sturm wird der Brand, ein riesiges Kohlenfeld, immer größer. Ununterbrochen ist die Bergwerksverwaltung mit der Bekämpfung des Brandes tätig. Bereit sind die Arbeiter des Sächsischen Bergwerksvereins (sogar die Wehrleute, dem arbeitsfähigen Mannen dort zu werden. Augenblicklich brennen ungefähr 500 Meter Kohle. Es liegt gerade der Teil der Grube in Flammen, der dem Dorfe Runkstedt am nächsten liegt.

Ein Brandweiser meldete nach der Grube: „Jetzt, um 16.50 Uhr, schied ich vier Leute herunter. Jetzt um fünf, auf, wann sie unten ankommen. Sie haben nämlich den fünften Gang eingeebnet.“ Damit ist gemeint, daß die Leute auf dem Wege in die Grube herumkriechen. Die Herren Brandweiser, die außer jeder Gefahr sind, und im Dorfe herumkriechen, sind emsig darauf bedacht, daß die Feuerwehrleute nicht mit den Berichterstattern des „Klassenkampf“ in Verbindung kommen.

In einem Brief schied ein Spritzenkommandeur die Leute sofort weg, als sie sich in Gespräche einließen. (1) Er gab ihnen eine nächtliche Aufträge.

In Runkstedt gab es in der Nacht zum Mittwoch zum Donnerstag panikartige Szenen, weil die Kohle mitunter sichtbar brannte. In den Morgenstunden und im Laufe des Donnerstags wurden durch Brand. Die schwarze Rauchschwaden erfüllte die ganze Gegend. Durch das genannte Dorf konnte man sich zeitweilig gar nicht durchfinden.

Der riesige Brand hat die Bevölkerung Runkstedts, die dauernd wegen der Einfuhrgefahr in Unruhe lebt, bis zum äußersten erregt. Sie fühlen inständig, daß sie den Profiteuren der Bergwerke zum Opfer fallen. Sie mühen sich mit den übrigen Arbeitern des Geiseltales gegen die Schörlbarone, die in diesem Jahre gemaltige Preise einheimen, energisch Front machen. Sie mühen sich mit den Rumpels kämpfen. Und vor allen Dingen hat der Kommunalrat (die Gemeindeglieder) mit Frontleben nicht per se) mit aller Sanftmütigkeit des Grubenkapitals abrechnen.

Schweffelgelber Qualm, den die Braunkohlenlagen hervorbringen, bringt in alle Wohnungen. Die Einwohner Runkstedts ist aus schwerer Bedrohung.

Kinder und Kranke wurden nach Merseburg in das Christiane-Wohnhaus und nach Raumburg in ähnliche Gebäude gebracht. Ein Teil der Grundbesitzer leistet trotz der riesigen Bergwerksgefahr im Dorfe. Sie wollen sich nicht von ihren Hütten trennen. Meber die Ursachen des Feuers ist man geteilter Meinung. Die offizielle Meldung besagt, daß durch Zusammenstoß eines Baggers das Feuer entstand, jedoch gibt im Dorfe das Gerücht an, daß interlokale geräumt werden soll. Die Häuser drohen wegen der Untergründigkeit einzustürzen. Die Bewohner weigern sich, auszuziehen, weil man sie mit lumpigen Geldern abfinden will. Es verlangen andererseits entsprechende Wohngebäude und Acker. Das Grubenkapital denkt nicht daran, sie entsprechend abzufinden. Die Feuerwehrleute an der Brandstelle fallen vor Müdigkeit bald um. Die Schlauchleitungen sämtlicher Motorspritzen langen nicht zu. Durch provisorische Telefonleitungen wird von den Spritzen zur Grube dauernd Kontakt über den Stand des Feuers gehalten. Die Verantwortlichen der Brandstelle lassen herum. Sie benutzen das Telefon auch in diesen gefährlichen Situationen zur Kontrolle und Scharifizierung der Feuerwehre.

Erdbitterer Raubüberfall

Es ging um die Versicherungsgesellschaft

Vor der Strafkammer in Dessau fand die Berufungsverhandlung gegen den Kaufmann Erich Ruppert aus Ballenstedt statt. Ruppert war wegen Betrugs vom Schöffengericht Bernburg zu neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. In der Nacht zum 22. Mai d. J. war er im Kaufmanns, 6000 Mark in der Briefkassette, nach Magdeburg gefahren, um dort Einzahlung zu tätigen. Es kam zu einem Überfall, in dem Ruppert seine mit dem Gelde nach Ballenstedt, wo er mit Grundbesitzern und Kaufmannen handelte, zurück. In der Nähe von Wittenburg will er nun von mastierten Räubern überfallen sein, wobei das Geld zum Teilung ging. Kurz vorher hatte K. mit einer Versicherungsgesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, in dem er Erich Ruppert, falls er tauschen aber Zweifel geschloß, in der Gemeindeglieder der Erbschaften Rupperts auf, und die Vermutung, daß er erlöstet waren, bekräftigt sich. Das Berufungsgericht hielt die Strafe der Vorinstanz für zu niedrig, mußte es aber, da die Staatsanwaltschaft keine Berufung eingeleitet hatte, dabei belassen.

Kein Kartell fehlt

in der Front, die die Arbeiterports und Kulturpartelle des Bezirks Halle-Merseburg gegen die Spalter des Arbeiterports errichten. Alle Kartelle entenden Delegationen nach Halle, wo am Sonntagvormittag 10 Uhr im „Volkspark“ eine Bezirkskonferenz aller Kartelle stattfand.

Die Tagesordnung

zu dieser Tagung ist folgende:

1. Die Lage in den Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen.
 2. Die Aufgaben der Sport- und Kulturpartelle.
 3. Anträge und Wahlen.
- Die Konferenz wird alle Maßnahmen ergreifen die notwendig sind, um die Einheit der Arbeiterportbewegung im Bezirk Halle-Merseburg zu sichern. Darum heraus

zur Bezirksamstelltagung!

Die Jungen haben auf den Schulbänken. Die Gefährter waren gern. Bei ihrem Eintritt erhoben sich die Jungen. Dann kam Erich auf sie zu und lud sie ein, die Karte zu unterschreiben.

„Ella Andrejewa.“ Wir feiern heute ein wichtiges Jubiläum, das Erscheinen der fünfundsinganzigsten Nummer des „Spiegels“, Ella Andrejewa, das ist für uns ein wichtiges Ereignis, und wir möchten es durch ein kleines Fest feiern. Deshalb bietet die ganze Karte Erhalten Sie uns hier bis zum 1. aufzubringen. Wir verzeichnen ruhig zu sein. Erhalten Sie uns!“

„Alter Jungen gingen an der Erzählerin. Die Deutsche war gerührt.“ „Sohn, bleib auf. Geld aber ruhig.“

„Es ging hinaus.“ In der Klasse trat man nun die Vorbereitung an. Ein runder Tisch wurde in die Mitte gerückt, vollständig mit Herdfeuertischen, für die die ganze Klasse tief Waden Geld geparkt hatte. Mitten auf den Tisch stellte Jantel den Teeselbst, dann einen Trinkschalen für jeden und sagte:

„Bitte, zu Tisch!“ Die Jungen setzten sich feierlich. Japs verleschte eine Rede zu halten. „Kameraden! Die fünfundsinganzigste Nummer des „Spiegels“, des Organs der Schule für schwer Erziehbare, ist erschienen.“ Er wollte noch etwas sagen, fand aber keine Worte mehr und setzte sich.

„Es waren gerührt. Jeder hätte gern den zwei Redateuren etwas Schönes gesagt, aber keiner war imstande, eine zusammenhängende Rede zu halten.“ Spah sagte leise:

„Ich lieb wirklich wichtige Karte, Jantel und Japs. Nur immer wieder la.“

Die Stimmung war ruhig und voller Friede. Friedlich holte Jantel unter der Wand eine komplette Reihe des „Spiegels“ hervor und legte sie auf den Tisch. Wie ein buntes Band breiteten sich die fünfundsinganzigsten Nummern, diese fünfundsinganzigsten Wochen anstrengender Arbeit und Mühe, auf den schwarzgrünlichen Holz aus. Zunächst ein feierlicher Augenblick.

Erfahrungsvoll beachtete sich die Klasse die Nummern. Nur der Kaufmann hatte sich in einen Winkel verdrückt und tat sich hübsch an einer Wirtin. Auch er war aufgeregt, aber nicht wegen der Zeitung, bloß wegen der Freierin.

Es war heiß. Das elterne Decken, das seit Beginn der kalten Tage in der Klasse stand, war seit dem frühen Morgen mit dem Holz geheizt worden, das man beim Fördern gefallt hatte. Vom Teufel und von der Schwüle im Zimmer war man ganz apathisch. Träge sah man das und wußte nichts zu tun aus.

Bisler aber der dritten Abteilung, der zufällig auf das Kell getreten war, begann leise eine spherhafte Melodie aus dem „Vespichen“ zu summen:

„Du Vespichen, du schönes, Auf dem Feuertisch, in Betortend (paareren Zeichen) rum. Ist das nicht nett?“

*) Wanditen.

Doch die meisten anderen waren festlich gestimmt. Sie hätten gern etwas Feiertägliches, etwas Großartiges gelungen. Aber in dem Moment etwas Vollendes ein. Schließlich stimmte Jantel die Schlußkammer an:

„Brüder, laßt uns wie ein Mann. Alle vorwärts streben. Jeder schaffe, was er kann. Für das neue Leben.“

Bloß der Kaufmann sang nicht mit. Seiner Ansicht nach war es viel gemächlicher, sich an der kleinen Volkshaus (Gienosen) zu wärmen. Freilich hätte er es neben dem üblichen Decken und Stodern mit der Feuerzunge in den allgemeinen Kosten.

„Mannchen, und mal nach, wie spät es ist“, sagte Jantel. „Doch schon ging die Tür auf und Glanum stand im Zimmer.“ „Jungens, jetzt ist es Zeit. Geht schlafen. Schon halb eins.“

Sieil und friedlich gingen die Schläfer hinaus. Jantel tat feierlich den „Spiegel“ in seine Mantel zurück und ging zur Tür. Wächter blieb er stehen.

Glanum wies mit der Hand auf den Ofen und ging hinaus. Jantel hantierte höflich mit der Feuerzunge, überzeuge sich, daß das ganze Holz ausgebrannt war und schloß die Ofentappe.

Beim Hinausgehen sah er neben der Wand ein glühendes Kohlenstückchen liegen, das aus dem Ofen gefallen war. Er war aber zu faul, zurückzulehren.

„Es wird schon keinen Brand geben. Das geht von selber aus“, dachte er und verließ die Klasse.

Im Schlafzimmer war alles still. Alles schlief. Die Luft war schon heiß und schwül, noch dem Atem der Menschen. Das machte um viele Stunde das Zimmer besonders gemächlich. Es roch so angenehm nach menschlicher Behausung.

Der schwache Schimmer der kleinen elektrischen Birne an der Decke kam nicht gegen das Licht der Straßenlaterne auf, das durch die berechneten Scheiben hereinbrang und das Zimmer erhellte.

Wiemerlei wurde einer der Schlafenden unruhig. Er träumte irgend etwas Unheimliches, lächelte schwach auf und wälzte sich ängstlich. Dann war wieder Ruhe.

Alles schlief. Jantel erwachte, drehte sich auf die andere Seite und öffnete die Augen. Es war noch dunkel. Alles schlief. Das Lampchen glommerte noch blaß, aber der Widerschein der Straßenlaterne war erloschen.

„Es wird wieder, über Uhr sein“, dachte er und wollte wieder einschlafen. Da auf einmal fiel ihm ein blaues Licht auf, das die Lampe umgab. „Teufel noch mal! Wer hat denn hier im Schlafzimmer geräuscht?“ Insofern es ihm durch den Kopf. „Aber er wollte schlafen, nicht mehr denken.“ Er wälzte sich die Decke um den Kopf und lag ganz still.

Wichtig fiel ihm jedoch im Wachenwerden nach dem Erwachen. Der wälzte sich ein paar mal im Bett und schloß sich ädend. „Was ist los?“ fragte der Raube mit schmerzlich verzerrtem Gesicht und sagte sich an der Kopf. (Fortsetzung folgt.)

Mitgliedergrüßungen

Die Tätigkeit des Stahlheims zeigt die offene Vorbereitung der Mitglieder der Partei. Dabei ist die enge Verbindung der Mitglieder des Stahlheims mit den Parteimitgliedern bemerkenswert. Der Beiratsvorsitzende in Dörfelbach, der die Parole der Partei führt, wurde vom Stahlheim aktiv unterstützt. Dieses zeigt klar aus einem Rundschreiben der Bundesleitung des Stahlheims hervor. Das fragliche Rundschreiben lautet: „Das Stahlheim in Dörfelbach zeigt sich bereit, sich am 2. September 1929 herauszugeben. Es heißt dort unter einem Mitglied: Wehrsportabteilung.“

Der Wehrsportabteilung hat sich eine Abteilung Wehrsportabteilung ab sofort bereit zu halten, um entz. nützlichsten Wehrsportabteilung zum Sammelplatz Wk 8 abzurufen. Selbstverständlich nicht geschlossen, sondern in Gruppen bis zu fünf Mann. Sammelplätze in Dörfelbach Wk 8 a. D. Dörfelbach halten sich unsere Bundesverbände und Frontamtsstellen, wenn es sich um die Wehrsportabteilung handelt, wenn es sich um die Wehrsportabteilung handelt.

Dieses Rundschreiben Du E r e b e r g s zeigt, daß die deutschen Mitglieder sich aktiv bei der blutigen Niederwerfung des österreichischen Protektors beteiligen. In einem anderen Rundschreiben, das von unserem Frontamtsleiter veröffentlicht wurde, heißt es u. a.: „Der Dienst besteht aus Nachschub, Bekleidungs- u. a. m. Tägliche Material wird dabei verwendet, Leinwand, Pulver, Kleinfeldüberzügen, Rauchgasen.“ Diese Stellen zeigen die ganz unverhüllten Militärgründungen gegenüber den „inneren Feinden“ — die Arbeiter. Die Wehrsportabteilung wird den Terrormaßnahmen der Reichsregierung gegenüber Widerstand entgegenstellen und sich ihrem Willen in jeder Hinsicht entgegenstellen.

Heilgeister und Beamter

Ein Fünftel von 100 Millionen im preußischen Etat. Die Fünftel zwei Jahren ist das gegenwärtig gültige Beamten-Gehaltsgesetz in Kraft. Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind jedoch immer noch nicht endgültig fertig. Am 1. August 1929 sind die Ausführungsbestimmungen in Kraft. Der Staatsrat hat die Ausführungsbestimmungen erlassen. Staatsrat Dr. Schönerbecker hat sich bei der Verhandlung mit dem Hinweis, daß auch im Falle einer Entschädigung noch nicht getroffen sei. Eine Entschädigung der bisherigen Ausführungsbestimmungen solle außerdem nicht in Betracht kommen. Der Haushaltsvorstand für die Jahre 1930/31 hat einen Fünftel von 100 Millionen auf, für die Jahre 1931/32 noch nicht aufzuweisen sei. Der Staatsrat hat die Ausführungsbestimmungen im Zusammenhang mit dem Beamten-Gehaltsgesetz erlassen. Die Beamten-Gehaltsgesetz wird die Beamten-Gehaltsgesetz durch die Sozialdemokratie bewahrt. Der Beamten-Gehaltsgesetz ist schließlich, die Verabschiedung der Ausführungsbestimmungen zum Gehaltsgesetz unabhängig von dem Fünftel noch in diesem Jahre vorzunehmen. Wer glaubt das Fünftel nicht, das in diesem Jahre vorzunehmen.

Raiffeisengesetze für deutschnationale Abgeordnete

Es ist nicht höchst auffällig, daß die Verluste der Raiffeisenbank an Krediten an deutschnationale Abgeordnete, Wähler, Offiziere und Reichsbeamten entfallen sind? fragte Genosse Schuler in der Sitzung vom 8. Oktober im Reichs-Untersuchungsausschuss. Im Verlauf der Sitzung wurden auch beachtliche Dinge zur Sprache gebracht. Auf einem Verlustkonto „Böhmische Industrie“ stehen 66 948 Mark. Diese „Böhmische Industrie“ ist aber tatsächlich niemand anders, als der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Admiral Brunnhagen. Bei dem Konto Wolkentin mußte die Raiffeisenbank 55 000 Mark Verlust abbuchen. Bei der Vernehmung stellte sich heraus,

daß dieser Wolkentin niemand anders ist, als der Gründer des Nationalverbandes Deutscher Offiziere. Bei Krediten an die Zentralstelle der Kameradschaft „Kriegsheim“ verlor die Raiffeisenbank 40 965 Mark. Die Raiffeisenbank wurde zu diesem Geldstück mit dem monarchistischen Militärverein durch das Reichsministerium ermuntert. In einem Major Groß verlor die Bank 90 000 Mark. Der Major erhielt die Kredite für ein „Glühlampen-Geschäft“. Ein besonderes Kapitel ist das Verlustkonto „Westlau“, das unter verschiedenen Konten verbucht ist. Ueber den Gesamtverlust ist noch keine volle Klarheit vorhanden, es werden etwa 12 Mill. Mark in Betracht kommen. Dinter der „Westlau“ handelt der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Reubaus und der deutschnationale Landtagsabgeordnete Janßen. Im weiteren Verlauf der Fragestellung durch den Genossen Schulz wurden durch den Vorsitzenden und die Mehrheit des Ausschusses (von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten) besonders unangenehme Fragen zurückgewiesen. Die Einheitsfront rechtslose Aufhebung der verabschiedeten Reichspolitik der Raiffeisenbank zu verhindern.

Für Verwaltungsgebäude — gegen Wohnungsbau

Die deutschnational-sozialdemokratische Einheitsfront. In der Sitzung des Hauptauschusses des Landtags vom 10. Oktober beantragte die kommunistische Fraktion die Abänderung eines deutschnationalen Antrages, daß die zum Bau Reichlicher Verwaltungsgebäude vorgesehenen Mittel zum Bau von Wohnhäusern, Schulen, Turn- und Schwimmplätzen verwendet werden. Sozial-

Abendausgabe
Germania
 Zeitung für das deutsche Volk
 Der erste Bischof von Berlin
 Bischof Dr. Stephan Szeirel-Melch zum Bischoflichen Ordinarius ernannt
 Gebt den Konkordatssozialisten am 17. Nov. die Quittung
 Heil dem neuen Bischof!
 Die erste Auswirkung des Preussischen Konkordats

Parteigenossen!

Die Wirtschaftskämpfe und insbesondere der vor uns liegende Wahlkampf erfordert von uns, alles zu tun, die arbeitenden Massen für den revolutionären Befreiungskampf zu gewinnen, sie loszureißen von der Partei des Sozialfaschismus und sie um die roten Fahnen des revolutionären Klassenkampfes zu führen. In diesem schweren Ringen braucht die Partei Geld! Deshalb rufen wir Euch zu:
Schafft Wahlpulver! Sammelt! Stärkt den Wahlfonds der Partei! Auf, jeder helfe!

demokrat Peters (Südhorn) lehnte sich demgegenüber für den Bau von Verwaltungsgebäuden ein, wobei er dies in demagogischer Weise als eine Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung anpries. Als ob beim Wohnungsbau um nicht auch Arbeiter beschäftigt werden müßten. Der kommunistische Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, dagegen ein Antrag der Wirtschaftspartei angenommen, der in verständlichen Worten die Regierung um größtmögliche Sparmaßnahme ersucht. Schon längst fordern die unteren Staatsbeamten, daß ihnen ihr Gehalt wohl in der ausgeglichen und nicht in Zellen in Form von Dienstgeld gegeben wird. Der kommunistische Antrag gab dieser Forderung Ausdruck mit dem Zusatz, daß den Fortkämpfern die Möglichkeit der Wahl von Fortkämpfern gegeben wird, wenn die Lage der Fortkämpfer einen landwirtschaftlichen Nebenberuf für sie erfordert. Genehmigt wurde dieser Antrag von der sozialdemokratisch-deutschnationalen Einheitsfront abgelehnt.

Die Bauarbeiter streiken weiter!

Aus Berlin wird gemeldet: Gestern fand in Biers Festhalten eine gemeinsame Versammlung der streikenden Belegschaften von Holzmann, Beton und Wollschub, Frey & Co. statt. Der große Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Nach eingehender Diskussion und nachdem alle anwesenden Organisationsvertreter, darunter auch der Vertreter des deutschen Bauergewerksbundes, zu Worte kamen, wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen:
 Der Streik geht weiter!
 Im Laufe der Diskussion meldeten sich bei der zentralen Streikleitung 15 etwa 1500 Bauarbeiter, die vom Nachweis der Mittel nicht worden waren. Sie erklärten, daß sie sich unter keinen Umständen zu Streikbrecherarbeit mißbrauchen lassen. Damit ist die Hoffnung der Bauhäupter mit Hilfe der Erwerbslosen dem Streik das Genick zu brechen, einmütig gescheitert.
 Die Firma Holzmann hat angekündigt, daß sie verlassen wird, mit neuen Bauern die Arbeit aufnehmen wird. Es ist damit zu rechnen, daß die Bauarbeiter unter den Aufrufen der streikenden Bauarbeiter unter Holzmann zu arbeiten.
 Der Vertreter des Industrieverbandes, Kollege Kammer, teilte mit, daß der Betriebsratsausschuß umgeben eine Baudelegation in der Bauarbeiter unter Holzmann zu arbeiten, daß die Baudelegation weitere Kampfmaßnahmen zur Verhinderung der Kampfbrecherer lassen werden.

Die Ortsverbände in Merzig erforderten im Staate Per a Cruz bisher 19 und im Staate Cordoba 12 Tote. In 18 Orten, darunter der Hauptstadt des Staates, sind die Wahlen von der Bundesregierung annulliert worden.

Die RR. Mezlos hat Albero, Monzon und Perez (Mitglieder des Zentralkomitees) aus der Partei ausgeschlossen. Diese drei haben mit der Regierung zusammen gearbeitet und dem herrschenden Terror keinen energischen Widerstand entgegengejetzt.

Verstärkung. In unserer Ausgabe vom 8. Oktober haben wir eine genaue Aufzählung über die im Reichs- und Reichs-Verständigung der Erwerbslosenversicherung. Es muß im Abschnitt „weitere Verhältnisse“ richtig heißen: „Die Sozialzentren werden die Renten, sofern sie 30 Mark übersteigen, anrechnen.“

SCHACHE

Weiß wie Schnee
 ist das hauchdünne Gewand der „Kosmos-Kairo-Zigarette“
 Das allerfeinste Papier, welches überhaupt erhältlich ist, verwenden wir für „Kosmos-Kairo“. Es verglüht, ohne den pikanten Geschmack oder das edle Aroma irgendwie zu beeinträchtigen. Eine solche Zigarette zu rauchen bereitet wirklich Genuß und vor allem — „Kairo“ ist wohlbekömmlich!
Für Feinschmecker
 nur die köstliche

KOSMOS-MARKE-KAIRO 5

